

Vorerst keine Bezahlkarte in Solingen

Eine schwach argumentierende CDU auf rechtspopulistischen Pfaden

Für viele wird die Ratssitzung vom 10. April eher in schlechter Erinnerung bleiben. Es gab zuhauf Vorwürfe, wurde der politische Gegner der Lüge bezichtigt oder ein einzelner Grüner durch Zwischenrufe als Staatsfeind tituliert. Die CDU hat sich in der Diskussion um die Bezahlkarte einen besonderen diskursiven Trick ausgedacht. Wer ihren rechtspopulistischen Argumentationsstrang als solchen bezeichnet, dem wird vorgeworfen, keine Argumente zu haben. Real ließen aber die Verfechter der Bezahlkarte von CDU und auch der FDP überzeugende Argumente vermissen.

Zur Abstimmung lag eine Vorlage der Verwaltung auf den Tisch, die einen Beschluss gemäß § 4 der Verordnung zur Einführung der Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz, kurz zur „Opt-Out-Regelung“, empfahl was heißt, die Karte nicht einzuführen. Wesentliche Gründe, erstens gibt es schon mit der Giro-Card ein gut funktionierendes System und zweitens, wenn nun eine Bezahlkarte als Ersatz Giro-Karte auch noch von der Stadt verwaltet werden sollte, dann würde dies ein Personalmehrbedarf von drei bis vier Personale auslösen, so Beigeordneter Jan Welzel. Dies kaum ausgesprochen, schritt Rafael Sarlak ans Rednerpult und behauptete, ein gutes Dutzend anderer Städte hätten bereits diese Karte eingeführt oder plane dies und die Bezahlkarte wäre fachlich, pragmatisch und gut. Doch Sarlak beklagte in seiner „Grundsatzrede“ zur Bezahlkarte, in der er keinen einzigen überzeugenden Grund für deren Einführung zu nennen imstande war, eine „emotionale Mobilmachung“. Seine gesamte Kritik hingte er an ein Flugblatt vom Solinger Appell auf, in dem die Bezahlkarte als „amtlicher Rassismus“ bewertet wird. Weil auch Grüne im Solinger Appell mitwirken, nahm er vor allem uns, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ins Visier.

Sein Vorwurf, wer von amtlichem Rassismus bei Einführung der Bezahlkarte spricht, der will nicht wirklich argumentieren, sondern sich moralisch überheben, will von sich sagen, ich bin der bessere Mensch und wer nicht bei mir ist, der ist ein kaltherziger Fremdenfeind. Sarlak zitiert Ulf Poschardt, der vom „Shitbürgertum“ spricht, einem Bürgertum, dass hinter dem vorgeschobenen Habitus von Altruismus und Humanismus nur darauf bedacht ist, seine eigenen Privilegien zu sichern. Es geht dem „Shitbürger“ nicht um die Schutzsuchenden, sondern allein darum, zu den Guten zu gehören, so Sarlak. Schließlich, wer gegen die Bezahlkarte ist, verteidigt seiner Ansicht nach ein gescheitertes System, was Fehlanreize setzt und bekannte Pull-Faktoren nicht reduziert. Und warum macht man so etwas, fragt er rhetorisch, weil man sich in den Kreisen, in denen man sich bewegt, sich eine harte Migrationspolitik nicht leisten kann und man offen, solidarisch und weltoffen erscheinen möchte. Dabei, so Sarlak, kommt der Realitätssinn unter die Räder. Damit wird man den berechtigten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht, die mit ihren Steuern den Sozialstaat finanzieren müssen.

Grüne widersetzen sich so einer notwendigen Debatte, zersetzen mit ihrem moralischen Rigorismus die Diskussionsfähigkeit in der Gesellschaft und wer ihnen widerspricht, wird in die rechte Ecke gestellt, so Sarlak. An der Stärke der AfD haben so auch die Grünen Schuld. Dabei dient eine Bezahlkarte dem Schutz der Schutzsuchenden – was hier gemeint ist, wird nicht klar – und verhindert Zweckentfremdung. Gemeint sind Zahlungen ins Ausland, was aber zunächst erst einmal eine Behauptung ist. Sarlak wünscht sich am Ende für den Rat eine Abkehr von Sprech- und Denkverboten und mehr Common Sense.

Zunächst, in die rechte Ecke müssen ihn die Grünen nicht stellen, da hat Sarlak sich selber hinbegeben. Dazu nachfolgend ein paar Einordnungen. Für das Institut für Finanzdienstleistungen ist die Bezahlkarte eine Lehrstück dafür, wie „man finanzielle Inklusion verhindert und rechtspopulistische Nar-

rative bedient“.¹ Aber interessant ist der Bezug von Sarlak auf Ulf Poschardt und seinem Buch „Shit-bürgertum“. Poschardt, u.a Welt-Herausgeber, musste für sein Buch den Verlag wechseln, weil es für seinen ersten Verlag zu polemisch war. Und es ist die feste Überzeugung von Poschardt, der auch in diesem Zusammenhang gerne von Common Sense spricht, im Wahlkampf das Migrationsthema zu setzen, um der AfD Stimmen zu nehmen. Er hat aus selbigen Grund den Tabubruch² vom 29. Januar dieses Jahres um die Abstimmung eines 5-Punkte Plans im Bundestag begrüßt. Es war aber ein Tabubruch, weil die CDU diesen Beschluss nach dem Attentat in Aschaffenburg eben kalkuliert mit Stimmen der AfD beschließen lassen wollte und ließ. Ziel der Migrationskampagne nach Poschardt ist jedoch, wie erwähnt, der AfD Wählerstimmen zu nehmen.

Obwohl schon so oft betont, scheint es bei CDU und Herrn Poschardt offensichtlich noch nicht angekommen zu sein. Die Taktik, die Themen der AfD zu übernehmen, um sie so zu schwächen, geht nicht nur nicht auf, sondern geht nach hinten los. Warum die Kopie wählen, wenn man auch das Original haben kann. Bei der Bundestagswahl wurde die AfD zweitstärkste Partei.

Doch die CDU scheint entschlossen, so weiter machen zu wollen. Der Tabubruch vom 29. Januar, noch zumal am Tag des Gedankens an die Shoa, ist da nur ein Baustein. Erinnert sei auch an die „Kleine Anfrage“, in der in bester Orban-Manier zum Ende der 20. Legislaturperiode 551 Fragen zur Neutralität staatlich geförderter Organisationen wie „Oma gegen Rechts“ gestellt wurde. Dann hörte man plötzlich die Forderung von Spahn und Unions-Fraktionsvize Middelberg, die AfD als normale Oppositionspartei bei organisatorischen Fragen im Bundestag zu behandeln. Eine Fraktion in deren Reihen z.B. ein Matthias Helferich sitzt, der sich als freundliches Gesicht der „NS“, also der Nationalsozialisten bezeichnet hatte und der bisher eigentlich auch der rechten Fraktion zu rechts war. Da sind Mitarbeiter wie Benedikt Kaiser, dem Orban ein Vorbild ist, und dem daran gelegen ist unter dem Begriff „Mosaik-Rechte“ eine kulturelle Hegemonie in Form neu etablierter Diskurse herzustellen.³ Die Normalisierungsversuche von Span und Co. wirkten dann, nach der zwischenzeitlichen Feststellung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), dass die AfD als im Ganzen gesichert als rechts-extrem einzustufen ist, als besonders fahrlässig und demokratiegefährdend. Diese Feststellung ist aufgrund des rechtlichen Widerspruchs der AfD zunächst bis zur gerichtlichen Klärung zurückgestellt worden. Wir erwarten hier aber kein anderes Ergebnis.

Die CDU ist also auf bestem Wege, in die offensichtliche Falle zu laufen und die AfD noch zu stärken. Denn die islamistischen Anschläge von Mannheim, Solingen, Aschaffenburg und München haben dazu beigetragen, dass demokratische Parteien, allen voran die CSU und die CDU, sowie weite Teile der Massenmedien sich quasi einen Überbietungswettkampf an harten Forderungen gegen geflüchtete Menschen boten. Die Integrationsforscherin Naika Foroutan weist zu Recht darauf hin, dass wir die islamistische Gefahr und nicht die Zuwanderung bekämpfen müssen. Sie erinnert daran, dass 5,5 Millionen Muslime in Deutschland leben und das islamistische Personenpotenzial ist mit 27.000 oder 0,5 % nur ein kleiner Teil dieser Gruppe. Von denen schätzt das Bundeskriminalamt 483 Personen als Gefährder ein.⁴ Gerade nach dem Anschlag vom 23. August 2025 und der Verleihung des Preises „Für das geschliffene Wort“ bei uns in Solingen ist eines besonders zu betonen. Es war die Preisträgerin selbst, Dunja Hayali, die davon sprach, die Tat nicht für die eigene politische Agenda zu instrumentalisieren. „Das ist erbärmlich, unwürdig, gefährlich und für die moderne Gesellschaft vollständig inakzeptabel.“⁵

¹ <https://www.iff-hamburg.de/2024/02/20/bezahlkarte/>

² Vgl. hierzu: Benz, Wolfgang, Der Tabubruch, Frankfurter Rundschau, 4.02.2025, S. 18

³ Vgl. Linden, Markus; Blätter 6' 24: Der Aufstieg der Mosaik-Rechten.

⁴ Vgl. Foroutan, Naika, Blätter 10' 24, Die geschürte Migrationspanik

⁵ Solinger Tageblatt, 2.12.2024, S. 13

Doch es geht um etwas Anderes. Claudius Voigt zeigt, wie es mit der Bezahlkarte gelingen kann, eine rechtspopulistische Idee zum Mainstream zu machen, soziale Rechte für Nichtdeutsche einzuschränken und Diskriminierung auszuweiten. Das falsche Versprechen der Verwaltungsvereinfachung, was auch Nina Brattig (FDP) in der Ratssitzung trotz der Ausführungen des Beigeordneten Welzel abgegeben hatte, bewertet Voigt als Köder, um Unterstützer für die Bezahlkarte zu gewinnen. „Das Asylberwerberleistungsgesetz und die Bezahlkarte dienen als symbolisch aufgeladenes Versuchslabor, in dem die Instrumente für den autoritären Umbau des Sozialstaates getestet werden“.⁶ Voigt bezieht sich auf ein 60-seitiges Gutachten vom September 2023, das die CDU-Bundestagsfraktion beim Konstanzer Rechtsprofessor Daniel Thym in Auftrag gegeben hatte. Thym lieferte konkrete Handlungsempfehlungen, an welchen Stellen Sozialleistungen u.a. für Asylsuchende und Geduldete gekürzt oder am besten ganz gestrichen werden können. Auch dazu nötige Verfassungsänderungen werden mitüberlegt, um dann auch bei Bürgergeld und Kindergrundsicherungen Kürzungen zu ermöglichen. „Letztlich geht es bei all dem darum, den Sozialstaat unter Nationalvorbehalt zu stellen.“⁷

Damit rückt die CDU sehr nahe an Positionen der AfD heran. Entsprechend werden wir Grüne hellhörig, wenn Flemm oder Sarlak in der Debatte um die Bezahlkarte so auf das Steuergeld zu sprechen kommen. Frank Knoche hatte zu Recht die Frage gestellt, warum es denn angesichts des Familienbegriffs der CDU verwerflich sei, wenn Geflüchtete an ihre Familien Geld ins Ausland überweisen? Sozialleistungen sind ein von der Verfassung verbürgtes Grundrecht. Doch in ihren Reden im Rat zur Bezahlkarte sehen Flemm („Steuergeld zu schützen, was hier erwirtschaftet wurde“), Sarlak und die CDU deutsches Steuergeld zweckentfremdet und stellen Sozialleistungen, so lässt sich interpretieren, unter Nationalvorbehalt. Und hier noch einmal das Institut für Finanzdienstleistungen: „Auch das Argument, auf diese Weise könne Schlepperkriminalität verhindert oder die Rolle einer finanziellen Unterstützung als Pull-Faktor für Migration zurückgefahren werden, ist nicht wissenschaftlich belegt und die Diskussion eher von Vermutungen als belegbaren Erkenntnissen geprägt.“⁸

Letztlich müssen wir für uns die entscheidende Frage klären. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Knapp 30 Prozent der deutschen Bevölkerung haben eine Einwanderungsgeschichte. Angesichts des demographischen Wandels benötigt Deutschland weitere Menschen, die zu uns einwandern und arbeiten wollen. Und so ist Naika Foroutan nur zuzustimmen, wenn sie sagt: „Was wir uns aber nicht leisten können, ist, dass es in der deutschen Gesellschaft durch eine radikale Migrationsabwehr zu einer nachhaltigen Entfremdung von der großen Mehrheit der nicht radikalisierten Migrantinnen und Migranten kommt. Um Anschläge wie in Solingen zu verhindern, kommt es darauf an, die Integration, Zugehörigkeit und Zukunftschancen von Neueingewanderten zu verbessern.“⁹

Und am Ende müssen wir Demokraten dann genau schauen, warum die AfD einen solchen Zulauf hat, warum so viele Menschen eine Distanz zur Demokratie empfinden. Beate Küpper und Andreas Zick, Mitarbeiterin bzw. Projektleiter der Mitte-Studie, schreiben hierzu: „Wähler:innen der AfD fallen einerseits durch ein ausgeprägtes Gefühl der kollektiven relativen Deprivation auf, also der gefühlten Benachteiligung von ‚uns‘ gegenüber ‚denen‘, andererseits durch Orientierungslosigkeit („Anomia“) sowie eine ausgeprägte Anspruchshaltung und neoliberale Orientierung.“¹⁰ Angesichts der vielen Krisen könne dies das Gefühl von Kontrollverlust und Bedrohungen hervorrufen. Hier muss Politik ansetzen, um die Menschen zurück in die demokratische Mitte zu holen. (Rechts-)Populismus hilft nicht weiter.

⁶ Voigt, Claudius, Blätter 6' 24, Rechtspopulismus als Mainstream, S. 81 und ff

⁷ Ebd., S. 86

⁸ <https://www.iff-hamburg.de/2024/02/20/bezahlkarte/> - dort zitiert nach www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/februar-2024/nr-2426

⁹ Foroutan, Naika, ebd.

¹⁰ Küpper, Beate; Zick, Andreas: Demokratiedistanz der Mitte, in APuZ Demokratie in Gefahr, 29.06.2024, S.39

Küpper und Zick warnen: „Der äußersten Rechten durch die Übernahme ihrer Positionen Wählerstimmen abjagen zu können, ist eine gefährliche Wette auf die Zukunft. Sich ihr anzudienen, indem man sie verharmlost, auch weil man ihre Mehrheiten zu brauchen und dabei einzuhegen meint, hat sich schon einmal als furchtbarer Irrtum erwiesen.“¹¹

¹¹ Ebd., S. 40